

1

Noch nie waren so viele Menschen in Europa arbeitslos wie heute.

Wenn der aus Ungarn stammende EU-Kommissar für Arbeit und Soziales, László Andor, Recht hat, dann entseht für die Europäischen Volkswirtschaften alleine durch die Jugendarbeitslosigkeit pro Jahr über 153 Mrd Euro Schaden (wegen Arbeitslosenunterstützung und entgangene Steuereinnahmen.)

Diesen Zustand dürfen wir nicht weiter dulden. Aus wirtschaftlichen, aber vor allem aus ethischen Gründen.

Was als Wirtschaftsunion (EWR) gegründet wurde definiert sich heute nach Abschluss des Lissaboner Vertrags auch als Wertegemeinschaft .

Das scheinen einige in der Europäischen Union vergessen zu haben.

Ökonomische und soziale Werte miteinander zu verbinden und nachhaltig zu sichern, war eine unumgängliche strategische Entscheidung, die für die Mitgliedsstaaten der Europäische Union auf Werten des Artikels 2 des Lissaboner Vertrags basieren muss:

- Achtung der Menschenwürde,
- Freiheit,
- Demokratie,
- Nichtdiskriminierung,
- Toleranz,
- Gerechtigkeit,
- Solidarität und

Was Europa heute braucht sind Mitgliedsstaaten und PolitikerInnen, die sich zu diesen Werten bekennen.

Eine Jugendarbeitslosigkeit zwischen 50-60% in Spanien und Griechenland ist nicht tolerabel und führt zu sozialer Unruhe und Nationalisierung.

Mit Sorge beobachten wir eine Zunahme von nationalistischen Parteien und Parolen in Europa.

Dies sind Folgen der einseitigen Krisenpolitik, die vor allem den Rückbau der Staatsverschuldung ins Visier genommen hat.

Wir müssen solidarisch im gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialraum die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen. Es geht um die Zukunft unseres Kontinents und seiner Menschen.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die von den Grünen EuropaparlamentarierInnen bereits im Jahr 2010 geforderte Jugendgarantie der Europäischen Union nun endlich, drei

2

Jahre später eingerichtet wurde.

Die finanzielle Ausstattung dieser Maßnahme ist allerdings mehr als bitter: 3 Mrd Euro werden aus den ESF-Mitteln abgezogen und weitere 3 Mrd Euro aus dem gesamten Strukturfördertopf der EU.

Diese Mittel fehlen natürlich jetzt an anderer Stelle für sinnvolle Projekte.

Mit solchen Taschenspielertricks fördern wir nicht das Vertrauen in unsere EU.

Genauso wenig seriös ist die Rolle der Bundesregierung, die einerseits mehr Europa fordert und sich andererseits massiv für Mittelkürzungen im Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 einsetzt.

Die von der Bundesregierung maßgeblich forcierte Einigung der EU-Staats- und Regierungschefs vom 8. Februar 2013 sieht eine Obergrenze des MFR von 960 Milliarden Euro vor. Damit wird der Finanzrahmen der EU auf ein Prozent des Bruttonationaleinkommens begrenzt. Die tatsächlichen Zahlungen belaufen sich allerdings nur auf 908,4 Milliarden Euro. Das sind 70 Mrd. weniger als in der laufenden Periode.

Solidarität sieht anders aus! Meine Damen und Herren

Das Europaparlament hat den Vorschlag des EU-Rats zum Mehrjährigen Finanzrahmen zurückgewiesen und wir hoffen, dass auch bei der Bundesregierung Vernunft Einzug hält und sie substanzielle Verbesserungen im Mehrjährigen Finanzrahmen im Laufe der Verhandlungen zulässt.

Europa leidet unter einer regionalen Diskrepanz von vorhandenen Arbeitskräften und fehlenden Fachkräften.

Deshalb setzen wir uns für eine besser koordinierte Wirtschafts -, Sozial – und Beschäftigungspolitik in Europa ein.

Wir wollen einen solidarischen Weg auf Augenhöhe mit den Menschen in den Krisenstaaten gehen.

Deshalb haben wir beantragt, dass die Landesregierung einen ersten Pilotvertrag für ein Fachkräfteabkommen mit Katalonien abschließt. EUA hat diesem Antrag einstimmig zugestimmt und das MFW prüft diesen Schritt nun mit der Partnerregion.

Durch die Initiative der „Vier Motoren für Europa“ verfügen wir bereits über Strukturen und persönliche Kontakte nach Katalonien.

Und wenn wir sagen „solidarisch und auf Augenhöhe“, dann meinen wir das auch so.

Diese Vereinbarung muss auch Bestimmungen über die Einhaltung von Arbeitnehmerrechten, die Berücksichtigung von Tarifverträgen, Mindestlohn und Tariftreue sowie die Begleitung der Kooperation durch die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände berücksichtigen.

3

Es geht uns damit nicht um einen brain drain, hier müssen wir sehr sensibel sein. Nein, es geht uns um einen Austausch in beide Richtungen, in Zusammenarbeit mit Kammern, Firmen, Schulen und Hochschulen Baden-Württembergs und Kataloniens.

Es geht um eine gute Vorbereitung und Begleitung, wie Sprachkurse und kulturelles Training.

Es geht um eine Willkommenskultur hier bei uns, die wir wirklich noch verbessern können.

Es geht um die Schaffung von Win –Win-Situationen, für eine humane Binnenmigration in Europa.

Unvorbereitete Arbeitsmigration führt oft zu Enttäuschungen, die weder den ausländischen Arbeitssuchenden noch uns in Baden-Württemberg etwas bringen.

Neben der Schaffung neuer Kooperationen geht es auch um die Stärkung schon vorhandener regionaler Initiativen von verschiedenen Kammern in Baden-Württemberg, wie die Fachkräfteallianz südlicher Oberrhein. Hierfür ist die von der Landesregierung eingerichtete landesweite Fachkräfteallianz ein guter Katalysator und Unterstützer.

Die Menschen in Europa müssen Deutschland wieder als solidarischen Partner wahrnehmen, der die europäischen Werte auch im Alltag lebt.

Baden-Württemberg steht hinter diesen Werten und wird alles tun, um unsere europäischen Partner bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu unterstützen.